5a XXXV. Jahrgang

Parlaments-Ausgabe

Berlin, 11. Februar 1906

Berliner Tageblatt

Deutscher Reichstag.

40. Sitzung vom 10. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrates Graf Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation Singer .) u. Gen., die folgenden Wortlaut hat: Ist dem Herrn Reichskanzler nnnt, daß durch Außerachtlassung der reichsgesetz- hen Arbeiterschutzbestimmungen am 10. Juli 1905 der Kohlenzeche Borussia bei Dortmund ein Schacht- and eingetreten ist, durch den 39 Arbeiter getötet worden ? Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, damit ähnlichen Gruben- glücksfällen vorgebeugt wird?

Auf die Anfrage des **Präsidenten,** ob und wann der Reichs- zler bereit sei, die Interpellation zu beantworten, erklärt

Staatssekretär Graf **Posadowsky:**

Der Reichskanzler lehnt die Beantwortung der Inter- llation ab, weil die bisherigen Untersuchungen nicht den ringsten Anhalt dafür geliefert haben, daß irgendwelche erletzung reichsrechtlicher Vorschriften Anlaß zu n bedauerlichen Unglücksfall gegeben hat.

Abg. **Singer** (soz.)

antragt auf Grund der Geschäftsordnung trotz Ablehnung der antwortung Besprechung der Interpellation.

Für Besprechung der Interpellation, für die eine Unterstützung rch 50 Abgeordnete erforderlich ist, stimmen das Zentrum, die frei- nigen Parteien, die Sozialdemokraten und der dänische Abgeordnete.

(Staatssekretär Graf Posadowsky hat den Saal wiederum verlassen.)

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Abg. **Bömelburg** (soz.):

Von den 39 Opfern der Borussia-Katastrophe liegen noch heute ungeborgen in der Erde, und es ist fraglich, ob sie je ein deres Grab finden werden. Da muß es doch unangenehm be- hren, daß der Reichskanzler aus Kompetenzbedenken die Beant- ortung der Interpellation abgelehnt hat. Die Unfallverhütung t Reichssache, geordnet im Unfallversicherungsgesetz. Freilich die nappschaftsgenossenschaft hat bisher noch keine Unfallversicherungsvor- riften entlassen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) So haben denn n preußischen Bergbau die preußischen Bergpolizeiverordnungen ergän- nd eingreifen müssen. An weiteren Reichsgesetzen haben auf diesen Fall ewerbeordnung und vor allem Strafgesetzbuch Anwendung. (Sehr ahr! bei den Sozialdemokraten.) Tief bedauerlich aber ist, daß die egierung bei einem so tragischen Fall nicht selbst das Bedürfnis nt, Auskunft zu geben. Nicht agitatorischen Erfolg beabsichtigen ir; sonst hätten wir nicht volle sieben Monate gewartet. Aber ir wollen verhindern, daß man auch dieses Verbrechen wieder mit em Mantel der Liebe zudeckt. Die Verhandlungen über die Inter- ellation Brust im Abgeordnetenhause haben uns nur ezeigt, wieviel da faul war im Staate Dänemark, nd daß es doppelt merkwürdig ist, daß der Staatsanwalt o gar langsam eingeschritten ist. Drei Monate hat er zur inleitung der Anklage, vier Monate bisher zur Vorunter- uchung gebraucht (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), und och hat man nicht einen Arbeiter vernommen, um Licht n das Dunkel zu bringen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Warum ging man in Sachsen soviel schneller gegen die demon- rierenden Arbeiter vor, warum weiß man sonst die „Bergarbeiter- eitung" so rasch anzuklagen, und diesmal trotz ausdrücklicher Bitte n Einleitung einer Untersuchung nicht? Wahrlich, manchmal ahlen die Mühlen der Gerechtigkeit gar lang- am. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Mein Material zur Beurteilung der Brandursachen be- teht hauptsächlich aus den Angaben der Arbeiter, ie vor dem Unfall auf Borussia beschäftigt waren, nd aus den vorgestrigen Landtagsverhandlungen. Die Lampe, deren Explosion den Brand verursachte, stand in einem lten, völlig schadhaften Gehäuse ohne eine einzige Scheibe, die berhaupt nie feststand. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Nach den bergpolizeilichen Vorschriften durfte am Füllort gar keine Petroleumlampe brennen; trotzdem hatte die Bergbehörde sie konzessioniert (Hört, hört! bei den Sozialdemokr.), obwohl der Füllort ganz mit Holz bekleidet war. Haben die Revierbeamten nichts davon gesehen, nichts davon gewußt, daß durch dieselbe Petroleumlampe n derselben Stelle schon 6 Wochen vorher ein größerer Brand ent- standen war? (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Brand fand reiche Nahrung an dem trockenen Grubenholz und an dem vorschriftswidrig nicht berieselten Kohlenstaub des Füllortes. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) „Die Hydranten", sagte Minister Delbrück, „waren in der Eile nicht zu finden." Aber man hat bisher nichts von dem Vorhandensein dieser Feuerlöscheinrichtung gewußt. (Hört, hört! bei den Sozial- demokraten.) Die Berieselungsanlage war seit Monaten nicht in Funktion gewesen. Die gegenteilige Behauptung des Ministers wird durch die rasche Ausbreitung des Feuers widerlegt. Das Unglück ist also durch die Außerachtlassung der notwendigsten Schutzmaßregeln und die Nachlässigkeit der Aufsichtsbeamten entstanden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und nun zu den Rettungs- arbeiten! „Hoch klingt das Lied vom braven Mann!" Alle Bergarbeiter strömten zur Hilfe herbei, selbst die, die sich sonst auf der Grube nicht sehen lassen durften, die von den Gruben- protzen heruntergemaßregelt worden waren. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber die Rettungsapparate mußten erst von einer anderen Grube geholt werden. (Vielfaches Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Minister erklärte das nicht für bestimmungswidrig, ein deutlicher Beweis für den traurigen Zustand des Bergarbeiterschutzes in Preußen. Die Fahr- und Luftschächte, durch die sich die Mannschaften hätten retten sollen, waren seit Jahren viel zu eng und niedrig, die Sprossen an den Leitern fehlten vielfach, die Leitern selbst schwankten hin und her. Nach dem Unglück wurde ausgebessert. (Vielfaches Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Was nachher als das Zusammentreffen unglücklicher Umstände gilt, ist das Ergebnis einer jahrelangen Lotterwirtschaft. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber freilich, im Interesse des Geldbeutels seiner Aktionäre hat Direktor Lindemann von der Borussia geäußert: „Glaubt ihr denn, daß das Wasser zur Berieselung kein Geld kostet?" (Vielfaches Hört, hört!) Dabei wird die Berieselung ungehörigerweise mit Gruben-, statt mit Leitungswasser vorgenommen. (Hört, hört!) Auch Borussia gehört aber zu den Zechen, bei denen im Vorjahre nach dem Streik die Untersuchungskommission „keine Mißstände" konstatierte. Dabei war auf Borussia die Behandlung der Arbeiter niederträchtig schlecht. Nicht nur die Arbeiter, sondern selbst die Betriebsführer wechseln dort unausgesetzt. — Den Arbeiter, der mit dem unglücklichen Wurf des Holzstempels die Lampe zertrümmerte, traf keine Schuld an dem Unfall; gegen ihn ist auch niemand eingeschritten. Die Arbeiter sollen nicht den richtigen Rettungsweg eingeschlagen haben! Aber wenn hier plötzlich jemand „Feuer" riefe, so würde mancher Reichstags- abgeordnete nicht wissen, wo er gerade hinaus sollte. Jetzt hat man wegen des Unglücks einen Betriebsführer angeklagt. Ja, schon am Tage nach dem Unglück erklärte die Bahnverwaltung, die Aufsichtsbeamten hätten anerkannt, daß sie keine Schuld trifft. Warum hat der Minister solche Aeußerungen nicht richtig gestellt? Weil Aufsichtsbeamte und Grubenverwaltung gleich schuld an dem furchtbaren Unglück sind. (Lebhafte Zustimmung b den Sozialdemokraten.) Es wäre sehr gut gewesen, wenn der Reichskanzler uns hier gesagt hätte, wie er in Zukunft diesen schweren Verlusten an Menschenleben vorzubeugen gedenkt. (Bravo bei den Sozialdemokraten.) Redner tritt dann für einen Ausbau der Berg- gewerbeinspektion, besonders durch Hinzuziehung von Arbeiter- kontrolleuren, zwecks Verhütung solcher Unfälle ein. Selbst die Zechen würden mit einem vernünftigen Arbeiterschutz noch Millionen Ver- luste ersparen. Wir anerkennen gern, was der Staat bisher für die Arbeiter getan hat, und mehr als einmal habe ich es in den Arbeiterversammlungen betont. Aber wir als Praktiker, die im täg- lichen Arbeiterleben stehen, lassen uns doch über die Mängel nicht durch die vergoldeten Pyramiden auf den Weltausstellungen hinweg- täuschen. Schaffen Sie wirklichen Arbeiterschutz — und wir und die deutschen Arbeiter werden die Worte der Anerkennung schon finden! Dann wird auch den Interessen der deutschen Arbeiter gedient sein, wie es sich gehört. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Giesberts** (Ztr.):

Der Abg. Hué hat mir gestern vorgeworfen, daß ich in der Dienstagssitzung, in der diese Interpellation ursprünglich besprochen werden sollte, nicht anwesend gewesen bin. Ich hatte jedoch einen Vormundschaftstermin und außerdem eine Vorstandssitzung des Ver- sicherungsvereins für Westfalen. Also war mein Fernbleiben von der Sitzung wohl entschuldbarer als die blamable Tatsache, daß die Sozialdemokraten am Tage, wo ihre eigene Inter- pellation auf der Tagesordnung stand, keine 50 Mann zur Stelle hatten. (Lebhafter Beifall im Zentrum.) Das Zentrum wollte die Angelegenheit im Abgeordnetenhause ursprüng- lich erst beim Bergetat zur Sprache bringen. Nachdem aber hier die sozialdemokratische Interpellation eingebracht wurde, haben auch wir im Landtage interpelliert. Wir halten trotzdem eine Besprechung auch hier im Reichstage nicht für überflüssig und bedauern, daß niemand von der Regierung anwesend ist. Es ist doch kein Pappen- stiel, wenn fast 40 Bergleute so verunglücken! (Beifall.) Die Pflicht der Gesetzgebung ist es, den gefährlichen Beruf des Bergmanns so weit wie irgend möglich zu schützen. Ich bin nicht Fach- mann, aber nach den Ausführungen der Abgg. Brust und Trimborn im Zentrum und des Herrn Vorredners muß ich sagen: Sind denn die Petroleumlampen im Bergbau nicht zu ver- meiden? Hat denn die moderne Technik kein anderes Mittel? Vielfach sind es zweifellos Sparsamkeitsrücksichten am unrechten Orte, welche die Gruben davon abhalten, moderne Lampen einzuführen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Angaben der „Bergarbeiterzeitung" richtig sind, liegen ganz grobe Verstöße gegen die Sicherheitsvorschriften vor. Wenn die Staatsanwaltschaft gegen diese Veröffentlichungen nicht vorgegangen ist, liegt die Ver- mutung nahe, daß hier recht viel faul ist im Staate Dänemark, daß man sich gescheut hat, auf die Sache näher einzugehen, weil man fürchtete, daß doch allzuviel schmutzige Wäsche dabei zutage kommen würde. Ein Haupt- mittel, um solche Unglücksfälle zu vermeiden, ist zweifellos, daß man die sachkundigen Arbeiter zu der Inspektion hinzuzieht. Für mich als Bergwerksbesitzer würde es eine außerordentliche Gewissens- beruhigung sein, wenn ich wüßte, daß die Arbeiter selbst die Durch- führung der Sicherheitsvorschriften kontrollieren. Wenn das heute nicht geschieht, so liegt das daran, daß gerade unter den Gruben- magnaten das Herrenmenschentum besonders stark vertreten ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es wird nichts helfen, die Zustände werden nicht besser werden, als bis ein Reichsberggesetz geschaffen sein wird, damit hier im Reichs- tage eine Instanz geschaffen wird, von der aus die Zustände kon- trolliert werden können. Ich hoffe, das beklagenswerte Unglück wird ein warnendes Zeichen für uns sein, weiter in der Arbeiterschutz- gesetzgebung fortzufahren, denn die Gesundheit und das Wohl der Arbeiter sind die Grundlage der gesamten nationalen Produktion. (Lebhafter Beifall im Zentrum und links.)

Abg. **Beumer** (natl.):

Meine politischen Freunde haben im Abgeordnetenhause schon alles Notwendige gesagt. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Herr Abg. Hoffmann, wenn ich in Ihrer Sprache sprechen würde, würde ich sagen: ich bitte mir nicht zu unterbrechen. (Zwischenruf des Abg. **Adolf Hoffmann:** Wenn ich so lange die Schulbänke ge- drückt hätte wie Sie, würde ich eben so gutes Deutsch sprechen und nur halb so dumm sein wie Sie! Große Heiterkeit bei den Sozial- demokraten.)

Präsident Graf **Ballestrem:**

Herr Abg. Hoffmann, Sie haben soeben die Aeußerungen eines Kollegen als dumm bezeichnet. Ich rufe Sie zur Ordnung. (Zwischen- ruf des Abg. **Hoffmann:** Das habe ich gar nicht gesagt.)

Abg. **Beumer** (natl., fortfahrend):

Ich bedauere, daß die Mitteilungen der Regierung nicht früher veröffentlicht wurden, schon um die Darstellungen einer gewissen Presse zurückweisen zu können. Ueber die Schuldfragen äußere ich mich nicht, da das Gericht noch nicht gesprochen hat. — Herr Hué hat sich insofern einen großen Bären aufbinden lassen als er behauptete, daß der Generaldirektor des Eisenwerkes Hösch zu gleicher Zeit Direktor der Grube Borussia sei. Die beiden Herren haben nur den Namen gemeinsam. — Die Bewässerungsanlagen der Grube Borussia sind an sich gut, sie wird seit 1903 mit Ruhrwasser bewässert. Der Schacht ist nicht mit Steinen, sondern mit Holz ausgebaut. Das liegt an den finanziellen Verhält- nissen der Grube, die mit Zubußen gearbeitet hat. Die betei- ligten Gewerke haben seit Jahrzehnten ohne Rente große Opfer gebracht. Die Arbeiter haben ihren Lohn erhalten. Ein Stillegungsangebot haben die Gewerke abgelehnt. Hätten sie das nicht getan, wäre zweifellos ein großes Geschrei er- hoben worden. Sofort als der Geldmangel für die Zeche beseitigt war, ist sie dazu übergegangen, einen ganz modernen Schacht zu errichten, der leider noch nicht fertig war, als das Unglück eintrat. Den berg- polizeilichen Vorschriften muß die Grube trotzdem jederzeit entsprochen haben, denn Moniten bei der Revision sind nie erfolgt. Jetzt ist ein Unterstützungsfonds von 40,000 Mark für die Hinterbliebenen der Verunglückten von der Zechenverwaltung gegründet, auf dessen Ver- teilung aber die Verwaltung keinen Einfluß mehr hat. Noch ein Wort über die Arbeiter als Grubenkontrolleure. Würden wir uns von dieser Anstellung eine Verminderung der Gefahren des Betriebes versprechen, so wären wir sicher die ersten, die Arbeiterkontrolleure anstellten; die Unternehmer haben doch am wenigsten ein Interesse daran, daß etwa jeden Tag eine Explosion stattfindet. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Grubenarbeiter kennt sicher sehr genau seine eigene Grube, ob er aber befähigt ist, die Verhältnisse eines größeren Komplexes von Gruben zu beurteilen, bezweifle ich; dazu gehören technische und chemische Kenntnisse.

Abg. **Lenzmann** (fr. Vp.):

Auch wir unterstützen die Interpellation aus dem Gefühl der Gerechtigkeit, der Humanität, und weil sie geradezu em- pörende Zustände in unseren westfälischen Gruben aufgedeckt hat. (Sehr richtig! links.) Das Verhalten der Regierung ist geradezu unqualifizierbar. (Sehr wahr! links.) Graf Posadowsky befindet sich nicht in Uebereinstimmung mit Dr. Delbrück, denn dieser hat erklärt, daß er nicht glaube, daß das Ver- fahren eingestellt werde, daß er ferner das Material nicht veröffent- licht habe, weil es ihm nicht zutreffend erscheine. Wie kann da Graf Posadowsky behaupten, daß die Sachlage klar sei und reichsgesetzliche Be- stimmungen nicht verletzt seien. Steht denn nicht längst fest, daß Arbeiter- schutzvorschriften außer acht gelassen sind? Demgemäß hat Graf Posa- dowsky seinen eigenen Kollegen in Preußen desavouiert. Daß er den Sitzungssaal verlassen hat, zeigt nicht bloß eine Mißachtung der Arbeiter, sondern auch des Reichstages. Ich bedauere, daß uns die Geschäftsordnung kein Mittel gibt, die Be- ratung auszusetzen und den Reichskanzler zu zwingen, hier Rede und Antwort zu stehen. Hätte nicht zum mindesten die Frage beantwortet werden müssen, wann und wer zuletzt revidiert hat? Mir ist mitgeteilt, daß seit Monaten auf der Zeche Borussia nicht revidiert sei. Ist etwa die letzte Revision von dem Beamten vor- genommen, der dem Handelsminister den Bericht geliefert hat und selbst vielleicht nicht unschuldig ist? Ich will gewiß meine Kollegen von der Staatsanwaltschaft und Justiz nicht denunzieren, aber sieben Monate sind für eine solche Untersuchung nicht nötig. Ich habe einmal in einer Sache verteidigt, da waren 68 Bergleute unter Anklage gestellt, die revoltiert hatten, weil die Zeche heimlich falsche Fördergefäße für das Nullen untergeschoben hatte. Da war in wenigen Tagen die Anklage da. (Hört, hört! links.) Wie hieß diese Zeche? Es war die Zeche Borussia! (Be- wegung.) Ich will dem Abg. Beumer gegenüber nicht auf die „Berg- arbeiterzeitung" verweisen, sondern auf ein Blatt, das ihm nahe steht, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung". (Abg. Dr. Beumer: Die steht mir gar nicht nahe!) Dieses Blatt hat sich sehr scharf über die Unternehmer geäußert. Nicht aus agitatorischen Gründen, sondern im Gefühl der höchsten Em- pörung über die Unterlassungen sprechen wir unsere Freude über die Einbringung der Interpellation aus. In Parenthese will ich be- merken, daß ich mit dem Abg. Giesberts für Zulassung von Arbeiter- kontrolleuren bin im Gegensatz zum preußischen Berggesetz, das den Arbeitern statt Brot Steine gibt. (Beifall links.)

Abg. **Kulerski** (Pole):

Die Interpellation ist durchaus gerechtfertigt. Aus den Aus- führungen des preußischen Handelsministers geht hervor, daß das Unglück entstanden ist infolge der unzureichenden Tätigkeit der Ueber- wachungsbeamten und infolge der Gewissenlosigkeit der Gruben- besitzer. Nach den Schilderungen, die wir hier gehört haben, waren die Zustände auf der Grube unter aller Kritik. Wenn statt der Menschen Tiere in der Grube gewesen wären, deren Beschaffung Kosten verursacht hätte, so wären die Verhältnisse wohl verbessert worden. Aber es handelt sich ja nur um Menschen, die leicht zu ersetzen sind. Es wäre Pflicht der Regierung gewesen, nach der Katastrophe schnell- stens eine amtliche Darstellung zu veröffentlichen. Hoffentlich werden nun durch ein gerichtliches Verfahren die Schuldigen zur Rechen- schaft gezogen. Der Beteiligung der Arbeiter an der Gruben- kontrolle sind die nationalliberalen Redner im Abgeordnetenhause aus politischen Gründen schroff entgegentreten. Das ist das Charak- teristische dieser Partei, die ja hauptsächlich das Interesse der Kohlen- protzen vertritt, daß sie hier von politischen Gründen spricht, wo es sich um Leben und Gesundheit der Arbeiter handelt. Der Handels- minister hat anerkannt, daß die Beteiligung der Arbeiter an der Grubenkontrolle in England sich bewährt habe. Aber leider kümmert sich ja die preußische Regierung nicht um das Wohl der Arbeiter.

Vizepräsident Dr. **Paasche**

erklärt eine derartige Aeußerung für unzulässig.

Abg. **Kulerski** (Pole, fortfahrend):

Dann will ich sagen, daß die preußische Regierung sich zu wenig um das Wohl der Arbeiter kümmert, sonst würde sie doch da, wo viele Polen beschäftigt sind, dafür sorgen, daß die Schutzvorschriften auch in polnischer Sprache hergestellt werden. Die preußische Regie- rung schützt nur die Mächtigen, nicht aber die Schwachen. Wir können eine Besserung der Verhältnisse nur von einer Reichsbergwerksgesetz- gebung erwarten. (Beifall bei den Polen und Sozialdemokraten.)

Abg. **Hué** (soz.):

Dr. Beumer ist durch seine Informatoren durchaus irre- geführt. Bei dem neuen Schacht, der gebaut ist, handelt es sich gar nicht um die Zeche Borussia, sondern um eine daneben gelegene Zeche. Es ist richtig, daß die Zeche Borussia jetzt fortgesetzt Zubußen erhebt. Aber in den siebziger Jahren, in den Zeiten des Gründungsfiebers, hat diese Zeche zehn bis vierzig Prozent Dividende verteilt. Damals hat diese Zeche den unerhörtesten Raubbau an Mineralien und Menschenleben betrieben nach dem Grundsatz: Nach uns die Sintflut! (Hört, hört! links.) Die Zeitungserklärung, auf die Bezug genommen ist, ging nicht von der Zeche aus, sondern von dem königlichen Landrats- amt. (Hört, hört! links.) Vielleicht findet sich noch eine andere Gelegenheit, die Identität beider festzustellen.

Auf Grund welcher Angaben will man denn gegen Rüther vor- gehen? Alle Sünden und Fehler sind ja gar nicht von ihm be- gangen. So unsympathisch mir Herr Rüther ist, ich kann nicht zugeben, daß er der Schuldige ist. Die Inspektoren werden ebenso drangsaliert wie die Arbeiter. (Hört, hört!) Ich habe für meine Angaben in öffentlicher Versammlung Beweise an- geboten. Die Steiger sind nicht die Schuldigen, auch die Direktoren sind es nicht. Höher hinauf müssen wir gehen! Die einzigen Schuldigen sitzen in den Bureaus der großen Bankhäuser von Berlin, Frankfurt, Essen. Von dort wird verfügt! (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Minister hat gesagt, die Berieselung sei in der letzten Nacht zwei Stunden ausgesetzt. Darauf telegraphiert mir ein Freund, der auf der Grube arbeitete, daß monatelang nicht berieselt ward und alles voll Kohlenstaub war. (Hört, hört! bei den Sozial- demokraten.) In diesem Telegramm ist ferner festgestellt, daß noch nach Ausbruch des Feuers Arbeiter in die Grube geschickt sind, daß den Arbeitern von einer telephonischen Meldung des Feuers nichts bekannt ist. Schon der frühere Borussia-Prozeß im Jahre 1898 hat schwere Mißstände aufgedeckt. Es gibt noch andere Zechen, auf denen es nicht besser aussieht. Ich habe schon 1898 die gravierendsten Angaben über die Sache gemacht. Ich habe den Staatsanwalt aufgefordert, gegen mich vorzu- gehen. Es ist nicht geschehen. Ich habe auf die Verhältnisse der Zeche Oberhausen aufmerksam gemacht, nachdem auf Borussia 16 Leute im Jahre 1898 getötet waren. Es ist nichts geschehen. Bald darauf wurden auf Zeche Oberhausen 2 Personen bei einem Unfall getötet. Ein anderes Beispiel! Im Mai 1898 ist von dem verantwortlichen Leiter der Zeche Borussia der Verwaltung mitgeteilt, daß statt Eichenholz Tannen- holz verwandt sei und das Holz so morsch wäre, daß man es mit der Hand zerdrücken könne. Es ist nichts geschehen. Im August ist dann der Schacht zusammengebrochen. Das ist ein Verbrechen! Damals haben die Arbeiter auch in einer öffentlichen Versammlung festgestellt, daß die Hölzer, die dem Gericht eingesandt seien, niemals im Schacht gewesen wären. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) — Die Nationalliberalen sind von jeher Gegner der Arbeiterkontrolleure gewesen, sie haben die Kontrolleure als Grubengendarme bezeichnet. Der Minister Brefeld war geneigt, solche Kontrolleure zu schaffen, er gestand aber schließlich ein, daß er es nicht wage, weil er Maß- regelungen befürchte. Das Steckenpferd des Abg. Beumer, daß die Arbeiterkontrolleure sich in Belgien nicht bewährt hätten, ist so abgedroschen, daß ich hoffe, er wird damit nicht wieder kommen, weil ich ihn sonst mit amtlichem Material schlagen werde. Ich hoffe, bewiesen zu haben, daß die bestehenden Unfallverhütungsvorschriften nicht ausreichen. Ueber 1000 Tote fordert der Bergbau jedes Jahr. Das Volk wird es nicht verstehen, daß der Reichskanzler zu den Festen der Landwirte geht, aber für die Tausende von Bergarbeitern nichts übrig hat. Möge diese Erörterung ein Präludium bilden für eine Verhandlung über ein Reichsberggesetz, das im Interesse der Unglücklichen schnellstens eingebracht werden muß. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)